

(03.05.2016 – 19.05.2016)

Grüner Pressespiegel

Karin Müller, MdL

19.05.2016 - Flughafen Kassel-Calden – GRÜNE sehen sich in ihren Befürchtungen bestätigt

Die GRÜNEN im Landtag sehen sich durch den Bericht des Landesrechnungshofes zum Neubau des Verkehrsflughafens Kassel-Calden in ihren Befürchtungen bestätigt. „Wir GRÜNE haben immer davor gewarnt, dass der Neubau des Verkehrsflughafens ein unnötiges und unwirtschaftliches Prestigeprojekt ist, das die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler viel Geld gekostet hat und leider immer noch kostet“, erklärt die verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Karin Müller, zu einem durch Medienberichte bekannt gewordenen Bericht des Rechnungshofes. „Leider bestätigt der Rechnungshof nun unsere Befürchtungen in Bezug auf den dramatischen Anstieg der Baukosten. Darüber hinaus müssen wir nun auch feststellen, dass bei der Vergabe von Aufträgen teils nicht nach den üblichen Verfahren vorgegangen wurde, die mehr Transparenz garantiert hätten.“

„Für die FDP-Wirtschaftsminister Dieter Posch und Florian Rentsch spielte beim vermeintlichen ‚Leuchtturmprojekt‘ Kassel-Calden der sorgsame Umgang mit dem Steuergeld der Bürgerinnen und Bürger offenbar keine Rolle“, so Müller weiter. „Wir haben das bereits in der Vergangenheit immer wieder kritisiert. Leider können weder der Bau des Flughafens noch die dabei begangenen Fehler ungeschehen gemacht werden. Unter GRÜNER Regierungsbeteiligung haben wir deshalb eine neue Richtung vereinbart: Die Zuschüsse aus dem Landeshaushalt zum Betrieb des Flughafens müssen kontinuierlich sinken, 2017 wird das Betriebskonzept des Flughafens insgesamt überprüft.“

Karin Müller, MdL

18.05.2016 - Paragraph 103 – Ein Gesetz zur Majestätsbeleidigung ist nicht mehr zeitgemäß

Ein demokratischer Rechtsstaat braucht keinen Paragraphen zur Regelung von Majestätsbeleidigung, betont die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Hessischen Landtag. „Wir sind uns fraktionsübergreifend im Landtag einig, dass der Paragraph 103 ein Relikt aus der Kaiserzeit ist, der abgeschafft werden kann“, so die rechtspolitische Sprecherin der GRÜNEN im Landtag, Karin Müller. „Der Bund wird darüber entscheiden, wann der Paragraph im Strafgesetzbuch (StGB) gestrichen

werden kann. Wir haben uns heute im Landtag nur deshalb mit dem Thema befasst, damit auch alle wissen, wie die FDP darüber denkt. Die kam ja bei der Debatte im Bundestag und Bundesrat bisher nicht vor, weil sie dort nicht vertreten ist.“

„Mit der Abschaffung des Paragraphen 103 würde keine Lücke im Strafrecht entstehen. Wer sich beleidigt fühlt, kann weiterhin nach Paragraph 185 des StGB eine Strafverfolgung verlangen. Ebenso gewährleisten das Völkerrecht und die allgemeine deutsche Rechtsordnung den Ehrenschutz von Staatsoberhäuptern, Regierungsmitgliedern und Diplomaten fremder Staaten“, betont Müller, „nur über den Zeitpunkt der Abschaffung besteht Uneinigkeit.“

„Die Streichung des Paragraphen zur Majestätsbeleidigung ist schon längst überfällig und war in vergangenen Jahren lediglich in Vergessenheit geraten“, erklärt Müller. „Würde es den Paragraphen 103 in Verbindung mit 104a nicht mehr geben, wäre Bundeskanzlerin Angela Merkel viel Ärger beim aktuellen Fall um den Satiriker Jan Böhmermann und den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan erspart geblieben. Böhmermanns Schmähdgedicht wäre nicht zu einem politischen Thema geworden, sondern im juristischen Bereich geblieben, wo es hingehört. Die Bundesregierung wäre gar nicht erst vor die Frage gestellt gewesen, ob sie eine Ermächtigung erteilt oder nicht. So wurde der Fall in den Kontext der Beziehungen zur Türkei gestellt.“

Hintergrund

Paragraph 103 StGB stammt von 1872, aus der Zeit des Deutschen Kaiserreichs, und besteht seitdem bis heute in fast identischer Form weiter. Die Debatte um den Paragraphen flammte im März 2016 wieder auf durch das Schmähdgedicht, das Satiriker Jan Böhmermann in seiner Sendung Neo Magazin Royale über den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan verlas. Die türkische Regierung und Erdoğan erstatteten daraufhin Strafanzeige gegen Böhmermann mit Bezug auf Paragraph 103 StGB. Ob der Paragraph noch während des laufenden Verfahrens gegen Böhmermann abgeschafft werden kann oder erst im Anschluss, ist umstritten.

Karin Müller, MdL

17.05.2016 - Fahrräder sind ein Stück Freiheit

Die Kasseler Landtagsabgeordnete Karin Müller und Stadtbaurat Christof Nolda besuchten am 13. Mai 2016 die Fahrradwerkstatt der Caritas für Flüchtlinge

in der Gemeinschaftsunterkunft Park Schönfeld in Kassel.

Mobil zu sein ist für Flüchtlinge wichtig. Dafür sind Fahrräder hervorragend geeignet. Doch was tun, wenn keine Räder vorhanden, oder Reparaturen nötig sind? Einer von mehreren ehrenamtlichen Helfern ist Lennart König, der sich seit der Gründung im August 2015 in der Fahrradwerkstatt engagiert und Fahrräder verkehrssicher gegen ein geringes Entgelt an Geflüchtete verteilt. Dazu Müller: „Regelmäßige Tickets für den öffentlichen Nahverkehr können nicht von jedem Flüchtling bezahlt werden, umso wichtiger ist die Tätigkeit des Helferteams. Nur durch deren Einsatz sind viele Flüchtlinge in der Lage, die vielfältigen Möglichkeiten, die sich ihnen in unserer Stadt bieten, zu erreichen.“

Viele Personen haben bisher schon Fahrräder gespendet, doch die meisten müssen durch kleinere oder größere Reparaturen erst wieder fahrtauglich gemacht werden. Und auch sonst brauchen sie regelmäßige Wartungen, weswegen ein Schwerpunkt der Werkstatt darauf liegt, nicht nur Fahrräder zu verteilen, sondern mit Geflüchteten zusammen am Rad zu schrauben. Um zukünftig noch besser als Fahrradwerksatt erkannt zu werden, überreichten Müller und Nolda eine Spende für ein neues Banner, welches demnächst das Gebäude schmücken wird. Generell werden Spenden benötigt, besonders an Kinder- und Jugendfahrrädern mangelt es immer noch gewaltig. Aber auch Ersatzteile werden gebraucht: Schläuche, Lenkergriffe, Pedalen, Ventile, Reflektoren, Leuchten, Klingeln und Helme sind gerne gesehen. „Ein wichtiges Projekt, welches sowohl Beschäftigung, als auch ein Stück Freiheit schafft“, lobt Müller.

Fahrradschrauber gesucht, bei Interesse der Mithilfe oder Abgabe von Spenden bitte an Herrn Lennart König wenden: Kontakt: Fon: (0561) 60 27 840, Mail: lennart49@web.de

Kreisverband

11.05.2016 - Trotzreaktionen der CDU schaden der Stadt

„Die Kasseler CDU befindet sich offenbar im freien Fall.“ sagt Boris Mijatovic, Sprecher der Kasseler Grünen. „Die städtische IT-Abteilung zum Spielball politischer Signale zu machen, ist schon eine besondere Qualität von Trotzreaktion.“ Nach den gescheiterten Verhandlungen über eine mögliche Zusammenarbeit müsse die Stadt Kassel dennoch im Fokus des politischen Handelns stehen. „Die CDU setzt fahrlässig ein funktionierendes System außer Betrieb, einzig um eine Vorlage des Magistrats zu verhindern und dem OB ein Schnippchen zu schlagen. Das ist gefährlich für die positive Entwicklung der Stadt und gibt völlig falsche Signale in die Verwaltung. Den OB Wahlkampf sollte wir besser im direkten Austausch

führen und nicht indirekt über Mitarbeiter*innen des Rathauses.“

Politische Uneinigkeit dürfe eben nicht auf dem Rücken des Personals ausgetragen werden. „Die Besetzung im Herzen der städtischen Verwaltung ist mit erheblichen Risiken und höherem Aufwand bei allen Beteiligten verbunden. Die Entscheidung der CDU ist daher nicht nur fahrlässig sondern ziemlich abenteuerlich.“ sagt Mijatovic.

Rathausfraktion

04.05.2016 - Sitzungen des Stadtparlamentes sind weiterhin öffentlich zugänglich

Die Kasseler Grünen weisen darauf hin, dass die kostenlosen Einlasskarten für die Stadtverordnetenversammlung auch noch bei Sitzungsbeginn und im weiteren Verlauf der Sitzung ausgegeben werden. Sofern noch Plätze frei sind, kann jede*r interessierte Bürger*in im Rathaus beim Einlass zur Zuschauertribüne des Stadverordnetensaals eine Karte erhalten und damit die Sitzung verfolgen. „Uns ist es wichtig, darauf hinzuweisen, dass die Sitzungen weiterhin öffentlich zugänglich sind“, so Eva Koch, stellvertretende Fraktionsvorsitzende.

Rathausfraktion

04.05.2016 - Kommunalpolitik lebt vom Engagement der Menschen

„Mit ihrer Initiative, das Stadtparlament zu verkleinern, würde die AfD der Demokratie einen Bärendienst erweisen“, stellt Dieter Beig, Fraktionsvorsitzender, für die Grünen im Rathaus fest. „Gerade der möglichst direkte Kontakt zu den Stadtverordneten sei ein hohes Gut für Kassels Bürgerinnen und Bürger.“

„Bei 200.000 Einwohner*innen und 23 Stadtteilen sind 71 Stadtverordnete keinesfalls zu viel.“ Die ehrenamtlichen Stadtverordneten seien mit vielfältigen Aufgaben betraut und gestalten aktiv von der kommunalen Bildungsverantwortung über Fragen der Stadtentwicklung bis hin zur Entscheidung über den städtischen Haushalt das Gesicht unserer Stadt mit. Diese vielfältigen Aufgaben gelte es auf möglichst viele Schultern zu verteilen.

"Für eine Kommune bietet sich so die große Chance, dass die Bürger*innen ihre Stadtverordneten persönlich ansprechen können und es zu einem fruchtbaren Austausch zwischen den Wünschen der Bürger*innen und den Chancen zu deren Umsetzung kommen kann. Diese Möglichkeiten wollen wir nicht beschneiden. Demokratie lebt von diesem Engagement und ist die vergleichsweise geringe Aufwandsentschädigungen der Stadtverordneten wert", so Beig abschließend.

24.04.2016 - Mehrheiten in Stadt und Landkreis Kassel

Im Landkreis Kassel wird, wie schon erprobt, mit sachbezogenen Mehrheitsfindungen regiert - und alle beteiligten Parteien sind's zufrieden, konnten sie sich doch in der Vergangenheit alle positiv einbringen. So, sauber recherchiert, in der HNA zu lesen. Das selbe Modell in der Stadt Kassel angewandt, scheint aber für einige Parteien und Medien undenkbar. Und schnell sind die Schuldigen gefunden: die GRÜNEN, unterstützt von der SPD, die wie bockige Kinder am - bekanntlich gescheiterten - Stadtbaurat Nolda festhalten wollen, der (zusammen mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern seiner Ämter):

- nach einem intensiven Beteiligungsprozess einen zukunftsfähigen Verkehrsentwicklungsplan für Kassel und das Zweckverbandsgebiet fertiggestellt und dafür eine politische Mehrheit gefunden hat
- ein hessenweit als Modellfall geltendes Projekt im Programm „Aktive Kernbereiche Hessen“, den Umbau von Friedrich-Ebert-, Goethe-, Germaniastraße mit einem vorbildlichen Baustellenmanagement und intensiver Anliegerbeteiligung zu Ende gebracht hat. Für den Abschnitt Goethestraße erhielt die Stadt eine besondere Anerkennung im Rahmen des Deutschen Städtebaupreises 2014
- den langjährigen Streitfall des Umbaus der Altmarktkreuzung mit einem bemerkenswert positiven Ergebnis für alle Verkehrsarten gelöst hat
- für den Kasseler Osten ein in dieser Form für Kassel erst- und einmaliges integriertes Entwicklungskonzept auf der Grundlage eines breiten Beteiligungsprozesses initiiert und zu Ende gebracht hat
- parallel dazu das völlig verfahrenere Geschehen auf dem Salzmannareal fast zu einer sensationellen Lösung geführt hat, die nur an dem unsäglichen Alteigentümer gescheitert ist
- das Gewerbegebiet „Langes Feld“ mit hohen Qualitätsstandards loyal auf den Weg gebracht hat, obwohl die GRÜNEN das Projekt mehrheitlich nicht gewollt haben
- für die Qualifizierung der in den 1960er/70er Jahren städtebaulich verunzten Wilhelmshöher Allee Sonderfördermittel aus dem Programm „Nationale Städtebaupolitik“ akquiriert hat, so dass der Alleecharakter weitgehend wiederhergestellt werden kann
- im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ u.a. das evang. Gemeindezentrum am Wesertor zu einem intensiv für Integrationsarbeit genutzten Stadtteilzentrum entwickelt hat
- den anspruchsvollen Ausbau der Universität am Hauptstandort Holländischer Platz/ Gottschalkstraße planerisch begleitet hat
- die Ansiedlung einer bedeutenden Forschungseinrichtung der Fraunhofergesellschaft am Hauptbahnhof planerisch mit Hochdruck

vorangetrieben hat

- die Schlüsselprojekte zur weiteren Profilierung als Kulturstadt von regionalem, nationalem und internationalem Rang, zusammen mit OB Bertram Hilgen, die Grimmwelt und das Stadtmuseum, zu einem erfolgreichen Ende gebracht hat
- und schließlich einen stadtesellschaftlichen Diskurs über eine „Kasseler Charta zur Baukultur“ initiiert und unter breiter Beteiligung befördert hat. Die Aufzählung ist lange nicht vollständig. Sie müsste z.B. auch auf das überdurchschnittlich erfolgreiche Management, zusammen mit dem Sozialdezernenten Christian Geselle, SPD, zur Unterbringung der zugewiesenen Flüchtlinge eingehen. In der Zeit seines Wirkens für Kassel hat die Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung Christof Nolda für seine fachlichen Leistungen zum Mitglied berufen. Spektakulärer kann man wohl nicht scheitern. Danke an die Parteien und Medien, die uns allen die Augen geöffnet haben. Wir hätten das sonst unter Garantie nicht bemerkt und begriffen.